Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.01.2005
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Herr Dreyer, Kurt-Eberhard	CDU
Frau Grigoleit, Gisi	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Müller, Norbert	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (Berlin Steglitz-Zehlendorf, den)
Herr Pick, Rafael	CDU (Berlin Steglitz-Zehlendorf, den)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Stäglin
Bau OL Herr Reiser
Bau L Herr Müller-Ettler
Ord L Herr Hartmann
Tief 3 Herr Stumpe
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

TOP 2 Genehmigung des Protokolls

TOP 3 Anträge

TOP 3.1 Sicherheitsrisiko Reaktor Hahn-Meitner-Institut
Drucksache: 1167/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3.2 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

TOP 3.3 Straßenbenennung auf dem Gelände McNair
Drucksache: 1317/II - CDU-Fraktion

TOP 3.4 Parkordnung in der Baseler Straße
Drucksache: 1361/II - CDU-Fraktion

TOP 3.5 Die Bauordnung Berlin gegen Graffitis und andere Verunstaltungen nutzen
Drucksache: 1363/II - CDU-Fraktion

TOP 3.6 Beendigung des 'illegalen Handels mit Trödel' im Oberhofer Weg
Drucksache: 1371/II - CDU-Fraktion

TOP 3.7 30 km/h im Dahlemer Weg/Ecke Jänickestraße
Drucksache: 1377/II - SPD-Fraktion

TOP 3.8 Feststellung des baulichen Zustandes der einzelnen Jugendfreizeiteinrichtungen
Drucksache: 1385/II – FDP

TOP 3.9 Haus der Weiterbildung als Snackbar?
Drucksache: 1392/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3.10 Parkverbotsschilder in der Zietenstraße 32 ff in Lankwitz
Drucksache: 1423/II - CDU-Fraktion

TOP 3.11 Verkehrsbehinderung durch Parksituation Bahnhofstraße, Lichterfelde
Drucksache: 1424/II - CDU-Fraktion

TOP 3.12 Verkehrssicherheit jetzt! (Erneuerung der Trennlinie zwischen Rad- und Fußweg unter der S-Bahnunterführung Teltower Damm)
Drucksache: 1431/II - FDP-Fraktion

TOP 3.13 Verkehrssicherheit jetzt! (Onkel-Tom-Straße)
Drucksache: 1432/II - FDP-Fraktion

TOP 4 Bericht über Investitionsmaßnahmen

TOP 5 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 6 Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Die Bürgerin Frau Ingrid Strecker und weitere Anwohner der Sundgauer Straße erläutern die ihrer Meinung nach notwendige Wiedereinführung von Tempo 30 in der Sundgauer Straße und überreichen dem Stellv. Ausschussvorsitzenden Herrn BV Lepeniotis eine diesbezügliche Unterschriftenliste. BzStR Stäglin verweist auf die bestehende Rechtslage, der zufolge die Verkehrslenkung Berlin (VLB) die Entscheidung trifft, während der Bezirk nur mit Bitten bzw. baulichen oder politischen Stellungnahmen an sie herantreten kann. Dies gelte auch bei entsprechenden Beschlüssen der BVV. Auf die Frage eines Anwohners, ob die Regelung für die Spanische Allee, in der auf ganzer Strecke Tempo 30 gilt, obwohl sie Zubringerstraße für die Autobahn ist, nicht auf die Sundgauer Straße übertragen werden kann, erklärt BzStR Stäglin, dass jede Straße einzeln geprüft werden muss und das Ergebnis nicht übertragen werden kann.
Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses das Thema näher behandelt wird, da dann die Drs. Nr. 1463/II(neu), ein Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNE mit dem Betreff „Tempo 30 in der Sundgauer Straße“, auf der Tagesordnung ist.

Der Bürger Herr Friedrich Zuther verweist auf seine vor einem Jahr gestellte Bitte, in der Curtiusstraße auf ganzer Länge Tempo 30 einzuführen und bittet um Auskunft zum Stand der Dinge. BzStR Stäglin erklärt, im Bezirk sei kein Einvernehmen zu dieser Bitte herzustellen gewesen, so dass das Verfahren nicht mehr existiere. Man halte jedoch gegenüber der Straßenverkehrsbehörde den Wunsch aufrecht, den Fußgängerüberweg vor der Schule zu behalten. Herr Zuther äußert sich bestürzt über die Einstellung des Verfahrens und übt Kritik am Amt. Die Fraktion der SPD erklärt, dem Bezirksamt sei kein Vorwurf zu machen, da es nicht anders handeln könne, wenn die BVV einen entsprechenden Antrag ablehnt. Die CDU-Fraktion schlägt einen Ortstermin vor, um sich mit der Situation vertraut zu machen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 26. Sitzung vom 24.11.2004 wird genehmigt.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Sicherheitsrisiko Reaktor Hahn-Meitner-Institut
Drucksache: 1167/II - GRÜNE-Fraktion

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 1 Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 3.2 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

Auf Bitten der CDU-Fraktion sagt BzStR Stäglin zu, in der nächsten Sitzung das vorliegende Gutachten durch dessen Verfasser erläutern zu lassen.
Der Antrag wird vertagt.

zu 3.3 Straßenbenennung auf dem Gelände McNair
Drucksache: 1317/II - CDU-Frakion

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass Personen, nach denen eine Straße benannt werden soll, mindestens fünf Jahre tot sein müssen, Billy Wilder jedoch erst 2002 verstorben sei. Sie erklärt, das Bezirksamt solle sich dennoch um die Erlaubnis zu einer vorzeitigen Benennung bemühen. Die CDU-Fraktion verweist auf existierende Ausnahmeregelungen. BzStR Stäglin weist darauf hin, dass es sich bei der zu benennenden Straße um eine Privatstraße handelt und der Eigentümer einverstanden sein muss, zumal Kosten entstehen.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.4 Parkordnung in der Baseler Straße
Drucksache: 1361/II - CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion ändert ihren Antrag wir folgt: Im letzten Teil des Antragstextes *„...z.B. durch die Möglichkeit des Parkens auf Gehwegen oder eines über beide Straßenseiten räumlich versetzten Halteverbotes“* wird die Passage *„die Möglichkeit des Parkens auf Gehwegen oder“* gestrichen. Die SPD-Fraktion erklärt, in dieser Version könne sie dem Antragstext zustimmen. BzStR Stäglin erklärt, die Fachämter hätten die genannten Probleme nicht bestätigen können.

Bei einer Abstimmung über den geänderten Antrag wird dieser mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.5 Die Bauordnung Berlin gegen Graffitis und andere Verunstaltungen nutzen
Drucksache: 1363/II - CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion ändert ihren Antrag wir folgt: Im letzten Satz des Antragstextes werden die Wörter *„Friedhofsmauern etc.“* durch die Wörter *„Bauwerke der öffentlichen Hand“* ersetzt.
Die FDP-Fraktion erklärt, das Ordnungsamt solle speziell bei öffentlichen Einrichtungen nachdrücklich die Entfernung von Schmierereien einfordern. BzStR Stäglin weist darauf hin, dass das Amt die Schmierereien nicht selbst entfernen kann; das Ordnungsamt plane aber, 2005 gegen wilde Plakatierung und – in Zusammenarbeit mit Nofitti (über das Sozialamt) – gegen Graffiti vorzugehen. Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass in Mitte der im Antragstext genannte § 17 ASOG bereits Anwendung gefunden habe.
Der Antrag wird auf Bitten der CDU-Fraktion vertagt.

zu 3.6 Beendigung des 'illegalen Handels mit Trödel' im Oberhofer Weg
Drucksache: 1371/II - CDU-Fraktion

Nach Erläuterungen durch die Antrag stellende CDU-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, das Amt sei durchaus bereits aktiv gewesen und werde auch weiterhin gegen illegale Flohmärkte vorgehen.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.7 30 km/h im Dahlemer Weg/Ecke Jänickestraße
Drucksache: 1377/II - SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion ändert ihren Antrag wir folgt: Zwischen den Wörtern „des Schulweges“ und „eine Begrenzung“ wird die im Folgenden hervorgehobene Passage eingefügt: „Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass im Dahlemer Weg im Bereich Jänickestraße zur Sicherung des Schulweges *zeitlich begrenzt Montag bis Freitag von 07.00 bis 17.00 Uhr* eine Begrenzung von 30 km/h in Verbindung mit dem entsprechenden Verkehrszeichen eingerichtet wird.“
BzStR Stäglin erklärt, dass die Maßnahme von der VLB durchgeführt werden müsste und verteilt eine Liste mit den in der Zuständigkeit der VLB befindlichen Hauptverkehrsstraße im Bezirk („Übergeordnetes Straßennetz“). Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass der Ausschuss sich bereits im November 2002 mit einem CDU-Antrag zum gleichen Thema befasst hat.
Der Antrag in der geänderten Fassung wird auf Bitten der CDU-Fraktion vertagt.

zu 3.8 Feststellung des baulichen Zustandes der einzelnen Jugendfreizeiteinrichtungen
Drucksache: 1385/II – FDP

Nach Erläuterung ihres Antrags durch die FDP-Fraktion erklärt die CDU-Fraktion, dass die Jugendfreizeiteinrichtungen sich in einem katastrophalen Zustand befinden und dass die Mittel zur baulichen Unterhaltung, die in beiden Altbezirken in den 80er Jahren über 35 Mio. betrugen, mittlerweile auf unter 4 Mio Euro gekürzt worden seien. Es sei daher notwendig, sich anhand einer Liste einen Überblick über die Mängel zu beschaffen. Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner erklärt, eine solche Liste sei als weitere Handlungsgrundlage unverzichtbar. Auf Nachfrage der Fraktion GRÜNE erklärt BzStR Stäglin, eine solche Liste bzw. Prioritätenliste gebe es nicht und könnte nur unter sehr großem Aufwand erstellt, aber angesichts der finanziellen Lage nie abgearbeitet werden. Die Fraktion der FDP erklärt, dass es inzwischen weniger Jugendfreizeiteinrichtungen gebe, so dass die Erstellung einer solchen Liste nicht mehr so aufwändig sei.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der vom Jugendhilfeausschuss geänderten Fassung mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.9 Haus der Weiterbildung als Snackbar?
Drucksache: 1392/II - GRÜNE-Fraktion

BzStR Stäglin berichtet, dass die im ersten Absatz genannten baulichen Maßnahmen bereits durchgeführt wurden. Der Ausschuss erklärt daraufhin diesen Teil des Antrags als durch Amtshandeln erledigt. Über den zweiten Teil des Antrags müsse noch durch den federführenden Ausschuss für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen entschieden werden.

zu 3.10 Parkverbotsschilder in der Zietenstraße 32 ff in Lankwitz
Drucksache: 1423/II - CDU-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, dass ein auf dem Antrag beruhender Beschluss bedeuten würde, dass an der genannten Stelle zusätzlich Verkehrsschilder aufgestellt würden, obwohl durch die Straßenverkehrsordnung bereits jetzt klar geregelt sei, dass dort wegen der Enge der Straße nicht geparkt werden darf. Er sagt zu, dass sich das Amt mit einem Schreiben an die Anwohner wenden wird, in welchem es sie auf das durch die StVO vorgegebene Parkverbot in ihrer Straße hinweisen und die Erteilung von Strafmandaten für Falschparken durch das Ordnungsamt ankündigen werde. Dieses Schreiben werde dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.
Die CDU-Fraktion akzeptiert diese Zusage und zieht ihren Antrag zurück.

zu 3.11 Verkehrsbehinderung durch Parksituation Bahnhofstraße, Lichterfelde
Drucksache: 1424/II - CDU-Fraktion

Nach Erläuterungen ihres Antrags durch die CDU-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, das Ordnungs- und das Tiefbauamt hätten die Situation vor Ort geprüft und keinen Bedarf für die im Antrag genannte Regelung festgestellt. Er äußert die Befürchtung, dass bei einer Durchführung der Maßnahme bei Anwohnern anderer Straßen ähnliche Wünsche aufkommen könnten. Die SPD-Fraktion erklärt, dass sich der Antrag aufgrund der genannten Prüfung erledigt habe. Die Antrag stellende CDU-Fraktion bittet jedoch um eine Abstimmung, erklärt sich jedoch bereit, den dritten Absatz zu streichen (*„Zugleich würde....“*), so dass der soziale Aspekt des Antrags für genau diesen Ort betont und Nachahmeffekten vorgebaut wird. Außerdem wird der erste Absatz des Antrags wie folgt geändert (Änderungen hervorgehoben): “Das Bezirksamt <u>wird ersucht, in der Bahnhofsstraße</u> (usw.) ein eingeschränktes Halteverbot <u>einzurichten</u>.”
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.12 Verkehrssicherheit jetzt! (Erneuerung der Trennlinie zwischen Rad- und Fußweg unter der S-Bahnunterführung Teltower Damm)
Drucksache: 1431/II - FDP-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, das Amt plane die im Antrag genannte Maßnahme ohnehin durchzuführen, sobald die Witterung es zulasse. Die Antrag stellende FDP-Fraktion bittet dennoch um eine Abstimmung.
Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.13 Verkehrssicherheit jetzt! (Onkel-Tom-Straße)
Drucksache: 1432/II - FDP-Fraktion

Nach einer Erläuterung ihres Antrags durch die FDP-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, das Amt habe in Vorbereitung auf diese Sitzung bereits mit der zuständigen VLB Kontakt aufgenommen. Diese habe mitgeteilt, dass es an der Kreuzung im Jahre 2004 24 Verkehrsunfälle gegeben habe, davon 15 aufgrund mangelnden Sicherheitsabstands; daher werde sie keine Markierung anordnen. BzStR Stäglin erklärt, diese abschlägige Antwort würde man von der VLB auch nach einem entsprechenden BVV-Beschluss erhalten. Die CDU-Fraktion zweifelt die genannten Unfallzahlen an; BzStR Stäglin erklärt auf Nachfrage, dass sie sich nicht auf einzelne Fahrtrichtungen, sondern auf die ganze Kreuzung beziehen. Die CDU-Fraktion erklärt, man müsse immer mit Ortsunkundigen rechnen, für die eine Markierung hilfreich sei. Zudem spreche nichts dagegen, an dieser Stelle eine relativ kostengünstige Markierung anzubringen. Die SPD-Fraktion bezweifelt, dass Autofahrer die Markierung an dieser Stelle sehen können. Die Antrag stellende FDP-Fraktion bittet um Abstimmung.
Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

zu 4 Bericht über Investitionsmaßnahmen

BzStR Stäglin berichtet in Stichpunkten über die folgenden Investitionsmaßnahmen und verweist darauf, dass die Diskussion hierüber im Haushaltsausschuss geführt wird:

1. Neubau der Robert-W.-Kempner-Straße: Herr Stumpe vom Tiefbauamt erläutert die Ausführungsplanung: Die Fahrbahn wird von 6,0 auf 7,0 m verbreitert. Am Ende der Sackgasse wird ein Wendekreis eingerichtet, von dem aus ein neuer Fuß- und Radweg bis zur Spindelbrücke über die S-Bahntrasse gebaut wird. Im Zuge der Baumaßnahmen müssen 14 großenteils niedermaßige Bäume gefällt werden, zehn Bäume werden als Ersatz neu gepflanzt.

2. Im Zusammenhang mit der bereits in der letzten Sitzung erläuterten Kostenerhöhung beim Bau der Ballsporthalle der Schadow-Oberschule ist in die notwendige Ergänzungs-BPU nunmehr auch der Bau einer Tribüne aufgenommen worden.

3. Für die Baumaßnahme „Neubau Schule, Sporthalle und Kita Curtiusstraße“ ist ebenfalls eine Ergänzungs-BPU aufgestellt worden, die zur Zeit noch von Sen Stadt geprüft wird. Welche Bauarbeiten in diesem Jahr durchgeführt werden können, hängt von dem Gutachter im Selbständigen Beweisverfahren ab.

4. Die beiden noch in der Investitionsplanung enthaltenen Hochbaumaßnahmen in der Johannesstraße kommen nicht zur Ausführung. Die dort eingestellten Mittel werden zur Deckung des Mehrbedarfs bei anderen I-Maßnahmen herangezogen.

5. Die Tiebaumaßnahme „Umbau der Ringstraße“ hat im letzten Jahr begonnen und wird in diesem Jahr fortgeführt.

6. Für die Baumaßnahme „Umbau Carstennstraße-Luzerner Straße-Appenzeller Straße“ ist die Vorplanung abgeschlossen und zur Zeit im Abstimmungsverfahren mit den beteiligten Verwaltungen. Der Beginn der Maßnahme wurde im Entwurf der I-Planung auf 2008 verschoben.

7. Für alle in 2006 beginnenden I-Maßnahmen sollen bis zum Sommer 2005 die BPU fertig gestellt sein, so auch für die Tiefbaumaßnahme „Umbau Hildburghauser Straße-Blanckertzweg“.

zu 5 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Stäglin berichtet über

1. den fehlenden Fußweg im Hüttenweg kurz vor Lidl. Das Tiefbauamt hat sich mit Fa. Lidl in Verbindung gesetzt, um eine Kostenübernahme oder -beteiligung für die Befestigung des etwa 21 m langen fehlenden Gehwegs im Hüttenweg zu erreichen. Die Antwort steht zur Zeit noch aus.

2. das Linksabbiegeverbot von der Lepsius- in die Herrfurthstraße, dessen Prüfung in der Sitzung am 24.11.2004 im Zusammenhang mit dem Anliegen der Bürgerin Frau Apfel zugesagt worden war. Diese Prüfung steht noch aus; allerdings besteht derzeit kein dringender Handlungsbedarf, da die Maßnahme im Zusammenhang mit der Eröffnung der Schloßgalerie im März 2006 gesehen wird.
   Ord L Hr. Hartmann berichtet, das Ordnungsamt kontrolliere nunmehr verstärkt in der Herrfurthstraße und stelle für Falschparken Strafmandate aus. Zudem solle mit dem Umsetzen von Fahrzeugen begonnen werden.

3. die von Bürgern erbetene Verkehrsberuhigung in der Königstraße in Zehlendorf. Die im Bauausschuss am 24.11.2004 zugesagte Prüfung der Parkordnung in der Königstraße gegenüber den Grundstücksausfahrten steht noch aus. Dem Bezirksamt ist inzwischen von der VLB eine Durchschrift des Widerspruchsbescheids des Polizeipräsidenten an den Anwohner Prof. Barckow zugegangen. Dem BA ist nicht bekannt, ob dieser nunmehr Klage beim Verwaltungsgericht erhoben hat.

4. Umbau- und Markierungsarbeiten bei Aldi in der Königstraße in Wannsee. Das Tiefbauamt wird mit den Umbauarbeiten (Linksabbiegespur, Mittelinsel, Poller, Änderungen an der Markierung) auf Kosten von Fa. Aldi beginnen, sobald das Wetter es zulässt. Es wird Verkehrsbehinderungen geben (je Richtung Einschränkungen auf einen Fahrstreifen am Tag). Darüber hinaus hat ein Architekturbüro, das Anwohner vertreten will, angeregt, über eine Verkehrsberuhigung der Königstraße nachzudenken (Tempo 30, Einengung auf einen Fahrstreifen). BzStR Stäglin weist auf die Verbindungsfunktion der Königstraße von Berlin nach Potsdam hin und stellt fest, dass er auch im Ausschuss keinerlei Unterstützung für die genannte Anregung erkennen könne. Er erklärt, er werde die Anwohner entsprechend informieren.

5. die von der VLB geplante Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im Osteweg. Als Begründung wird angegeben, dass die Wohnbebauung der ehemaligen McNair Barracks lediglich zu 40 bis 50 % verkauft bzw. vermietet ist und es derzeit auch mit der Bebauung nicht weiter geht. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen könne deshalb nicht festgestellt werden.
   Die Fraktionen machen hierzu Beratungsbedarf geltend.

6. das Inkrafttreten der neuen Parkgebührenordnung. Ab 1. Juli 2005 wird die neue Vorschrift in Kraft treten, nach der
   a) im 15-Minuten-Takt abgerechnet werden muss
   b) die ersten 15 Minuten kostenfrei geparkt werden darf und
   c) die Gebühr auf 3,00 Euro pro Stunde erhöht werden darf.
   Das Bezirksamt hat zur Zeit nicht vor, von den Möglichkeiten b) und c) Gebrauch zu machen.

7. das Ganztagsschul- (IZBB-)Programm. Während für die meisten Schulen für die Erstellung der Unterlagen für das IZBB-Programm aus Kapazitätsgründen externe Büros hinzugezogen werden mussten, konnte dies für die Kronach-Grundschule und die Grundschule am Buschgraben mit eigenen Kräften durchgeführt werden.

8. BPUs beim Schul- und Sportstättensanierungsprogramm. Die Vorbereitungen hierzu laufen planmäßig. Er bietet an, diesem Protokoll eine entsprechende Liste als Anhang beizufügen, falls diese den Fraktionen nicht im gleichzeitig tagenden Ausschuss für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen übergeben wurde.

9. den Wiederaufbau des Jagschlosses Glienicke, der in diesem Jahr beginnen soll und der in etwa drei Jahren beendet sein wird. Die Versicherung kommt für einen Teil der Kosten auf. Da im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport auch ein Umbau des Gebäudes zu einer Erwachsenenbildungsstätte geplant ist, sorgt sie für die weitere Finanzierung über Fördermittel der EU.

10. Überlegungen, in der Pacelliallee einen Fahrradangebotsstreifen anzulegen. Geklärt werden müsse allerdings noch, wie mit dem ruhenden Verkehr umzugehen sei und ob bzw. wie eine Versiegelung des Bodens bei der Befestigung des Unterstreifens vermieden werden kann.

11. ein Stellungnahmeersuchen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Kategorisierung der Straßen des Landes Berlin in Straßen erster und zweiter Ordnung. Zur Kategorie 1 gehört im Bezirk lediglich die Schildhornstraße zwischen Autobahnabfahrt Breitenbachplatz und Anschluss Südtangente. Einige weitere Hauptverkehrsstraßen gehören der Kategorie 2 an. Auswirkungen habe diese Kategorisierung lediglich auf die Durchführung von Planfeststellungsverfahren.

12. die Wendekehre Mürwiker Straße. Bezug nehmend auf seine Mitteilungen in der Sitzung vom 24.11.2004 berichtet BzStR Stäglin, dass für die Straße nunmehr Erschließungsbeiträge erhoben werden und dass das BA die Wendekehre allein zu bezahlen habe, falls sie gebaut wird.

13. die Personal- und Sachmittelabschichtung im Zusammenhang mit der Einrichtung des bezirklichen Ordnungsamts. Bezug nehmend auf seine Zusage in der Sitzung vom 24.11.2005 berichtet BzStR Stäglin, dass alle zur Verfügung stehenden Mittel inzwischen abgerufen sind.

zu 6 Verschiedenes

1. Die FDP-Fraktion kritisiert die zu niedrige Raumtemperatur im Sitzungsraum. BzStR Stäglin verweist auf die hohen Heizkosten, die zum Sparen nötigen; Mittel der baulichen Unterhaltung stehen leider nicht in ausreichender Höhe

zur Verfügung. Im übrigen sei dies die Temperatur, bei der alle Rathausmitarbeiter arbeiten müssten.

2. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, das Amt habe der Griechischen Gemeinde zugesagt, gemeinsam nach einem neuen Standort für den Parkscheinautomaten vor ihrem Haus zu suchen.

3. Auf Nachfrage der fraktionslosen Bezirksverordneten Frau Wagner teilt BzStR Stäglin mit, die geplante Veranstaltung zur Zukunft des Stegitzer Kreisels solle nunmehr nicht als erweiterte Ausschusssitzung, sondern als offene Informationsveranstaltung durchgeführt werden, an der alle Bezirksverordneten teilnehmen können. Zudem gebe es noch einen Vorschlag des Miteigentümers des Gebäudes, der Unternehmensgruppe Becker & Kries, der derzeit geprüft werde, so dass dieser ebenfalls in der für März ins Auge gefassten Veranstaltung diskutiert werden könne.

4. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion zum Bolzplatz in der Paulsen-/Herderstraße erklärt BzStR Stäglin, dieser solle im Frühjahr fertig gestellt werden. Näheres werde er im Stadtplanungsausschuss berichten.

5. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, für Haus- und Nachbarschaftsstreitigkeiten bis 20 Uhr (im Sommer bis 22 Uhr) sei nunmehr das Ordnungsamt zuständig, danach die Polizei. Den Fraktionen werde in Kürze ein vom Umweltamt erstelltes Info-Faltblatt zugehen.

6. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion zum Parken mit Parkscheibe am Sonnabendvormittag auf dem Teltower Damm zwischen S-Bahn und Berliner Straße erklärt BzStR Stäglin, er werde in der nächsten Sitzung Näheres hierzu berichten.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 10.02.2005

Lepeniotis	Kühnast
Stellv. Ausschussvorsitzender	Schriftführer